



Satzung

Stand 06.04.2024

Inhalt	Seite	
§ 1	Name, Sitz und Geschäftsjahr	3
§ 2	Zweck und Aufgaben des WRSV	3
§ 3	Mitgliedschaft in anderen Organisationen	3
§ 4	Gewinn- und Vermögensbildung, Verbot der Begünstigung, Vergütungen im Verein	4
§ 5	Wirkungsbereich	4
§ 6	Im WRSV bestehende Normen	4
§ 7	Erwerb der Mitgliedschaft, Ehrenmitglieder	5
§ 8	Ende der Mitgliedschaft	6
§ 9	Austritt	6
§ 10	Rechte und Pflichten der Mitglieder	6
§ 11	Folgen der Verletzung von Mitgliederpflichten	7
§ 12	Beiträge, Gebühren und Sonderabgaben	8
§ 13	Organe	8
§ 14	Der Verbandstag	9
§ 15	Einberufung des Verbandstages, Anträge	9
§ 16	Beschlussfassung	10
§ 17	Außerordentlicher Verbandstag	10
§ 18	Stimmrecht	10
§ 19	Bezirke	11
§ 20	Das Präsidium	11
§ 21	Geschäftsführendes Präsidium	12
§ 22	Vertretungsberechtigung	13
§ 23	Wahl der Amtsträger	13
§ 24	Radsportjugend	14
§ 25	Kommissionen	14
§ 26	Rechtsausschuss	14
§ 27	Geschäftsstelle	15
§ 28	Kassenprüfer	15
§ 29	Auflösung des WRSV und Anfallberechtigung	15
§ 30	Schlussbestimmung	16

Satzung des Württembergischen Radsportverbandes e.V.

§ 1

Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen "Württembergischer Radsportverband", nachfolgend kurz "WRSV" genannt; er ist im Vereinsregister des Amtsgerichtes Stuttgart eingetragen und trägt den Zusatz "e.V."
2. Die Gründung erfolgte am 11. Januar 1953 in Esslingen.
3. Der Verein hat seinen Sitz in Stuttgart.
4. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck und Aufgaben des WRSV

1. Der WRSV ist die Vereinigung der Radsporttreibenden Vereine und Vereinsabteilungen im Bereich des Württembergischen Landessportbundes e.V. (WLSB).
2. Der WRSV verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports. Der WRSV versteht sich als Interessenverband für das Fahrradfahren, den Leistungssport, den Breitensport und den Gesundheitsorientierten Sport mit dem Fahrrad.
4. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - die Mitwirkung im Hinblick auf das Fahrradfahren im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Sport-, Gesundheits- und Verkehrspolitik,
 - die Förderung, Pflege und Beaufsichtigung aller Zweige des Radsports und des Radfahrwesens sowie die Vertretung seiner Belange nach innen und außen.
 - Eine besondere Aufgabe wird in der Jugendarbeit gesehen: Neben der Talentsuche und einem langfristigen Trainings- und Leistungsaufbau mit entsprechenden Trainings- und Wettkampfsystemen bedeutet Jugendarbeit im Sport für den WRSV auch Bildungsarbeit mit jungen Menschen.
5. Der WRSV ist sich seiner ethischen, pädagogischen, entwicklungspsychologischen und Gesundheitsorientierten Verantwortung bewusst und tritt für einen dopingfreien Sport ein.
6. Als Verband, dessen Vereine und Mitglieder den Radsport auch in der freien Natur ausüben, beachtet der WRSV den Schutz der Umwelt und fördert eine natur- und landschaftsverträgliche Ausübung des Radfahrens.
7. Der WRSV ist nach demokratischen Grundsätzen in freien Wahlen aufgebaut. Parteipolitische, religiöse und rassistische Bestrebungen sind ausgeschlossen. Die dem WRSV angeschlossenen Vereine sowie WRSV-Organen dürfen sich in Ausübung ihrer Funktion weder parteipolitisch oder konfessionell betätigen noch ihre Mitglieder parteipolitisch oder konfessionell beeinflussen.
8. Der WRSV wendet sich gegen jegliche Form der Gewalt und setzt sich insbesondere für die Prävention von sexualisierter Belästigung und Gewalt ein.

§ 3

Mitgliedschaft in anderen Organisationen

Der WRSV ist Mitglied im Württembergischen Landessportbund e.V., im Landessportverband Baden-Württemberg e.V. und im Bund Deutscher Radfahrer e.V. Gleichzeitig betreibt der WRSV - gemeinsam mit dem badischen Radsportverband - eine Organisation zum Zwecke des gemeinsamen, vom Landessportverband Baden-Württemberg (LSV) geförderten Sports.

Der WRSV kann weitere Mitgliedschaften in Organisationen eingehen, solange sie den Satzungszwecken entsprechen.

§ 4

Gewinn- und Vermögensbildung, Verbot der Begünstigung, Vergütungen im Verein

1. Mittel des WRSV dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
2. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft.
3. Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden, bei Auflösung oder Aufhebung des WRSV weder die eingezahlten Beiträge zurück, noch haben sie irgendeinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des WRSV fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Die Vereins- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.
6. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a EStG ausgeübt werden.
7. Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit nach Abs. (2) trifft grundsätzlich das geschäftsführende Präsidium. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung. Für die Entscheidung einer angemessenen entgeltlichen Vereinstätigkeit des geschäftsführenden Präsidiums ist das Präsidium zuständig.
8. Das geschäftsführende Präsidium ist ermächtigt, Tätigkeiten für den Verein gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung oder Aufwandsentschädigung zu beauftragen. Maßgebend ist die Haushaltslage des Vereins. Ferner ist das geschäftsführende Präsidium für alle personellen Angelegenheiten zuständig. Dies gilt auch für die Vertragsinhalte und Vertragsbeendigung in allen personellen Angelegenheiten.
9. Zur Erledigung der Geschäftsführungsaufgaben und zur Führung der Geschäftsstelle ist das geschäftsführende Präsidium ermächtigt, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten, hauptamtlich Beschäftigte anzustellen.
10. Im Übrigen haben die Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Porto, Telefon, usw.
11. Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von 12 Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit Belegen und Aufstellungen, die prüffähig sein müssen, nachgewiesen werden.

§ 5

Wirkungsbereich

1. Der WRSV ist das oberste Sportorgan in seinem Wirkungsbereich. Seine Entscheidungen sind für die Mitglieder bindend.
2. Dem WRSV obliegt die Genehmigung und die Beaufsichtigung aller Veranstaltungen und der sportlichen Betätigung seiner Mitglieder.
3. Die Bezirke und Vereine sind in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten selbstständig. Der WRSV ist insoweit nur zuständig, wenn Beschlüsse darüber vom Verbandstag gefasst werden.
4. In sportlicher Hinsicht sind Bezirke, Kreise und Vereine und ihre Gliederungen Unterorgane des WRSV.
5. Sofern Bezirke, Kreise und Vereine eine eigene Satzung haben, dürfen diese nicht im Gegensatz zu der des WRSV stehen. In Zweifelsfällen ist die Satzung des WRSV maßgebend.

§ 6

Im WRSV bestehende Normen

1. Ergänzend zur Satzung gelten im WRSV:
 - a) die Sportordnung in der jeweils gültigen BDR-Fassung,
 - b) die Wettkampf- und Durchführungsbestimmungen in der jeweils gültigen BDR-Fassung,
 - c) die Schiedsordnung in der jeweils gültigen BDR-Fassung,
 - d) die Durchführungsbestimmungen für den Breitensport in der jeweils gültigen BDR-Fassung,
 - e) das Dopingkontroll-Reglement in der jeweils gültigen BDR-Fassung,
 - f) WRSV-Präventionskonzept sexualisierte Belästigung und Gewalt,
 - g) die Jugendordnung des WRSV,
 - h) die Pflichtenhefte für die jeweiligen Landesmeisterschaften,
 - i) die WRSV-Geschäftsordnung,
 - j) die Datenschutzordnung,
 - k) die Ehrungsordnung,
 - l) die Beitragsordnung,
 - m) die Gebührenordnung,
 - n) die NI!Charta-Nachhaltigkeit im WRSV.

Für Erlass, Änderung und Aufhebung der Normen unter Punkt f) –n) ist grundsätzlich das Präsidium zuständig, sofern nicht an anderer Stelle in dieser Satzung eine abweichende Regelung getroffen wird. Zu ihrer Wirksamkeit müssen die Verbandsordnungen dem jeweils relevanten Personenkreis bekanntgegeben werden. Gleiches gilt für Änderungen und Aufhebungen. Die Bekanntgabe erfolgt in der Regel auf der Homepage des WRSV mit Ausnahme der Datenschutzordnung, diese wird im Präsidium sowie den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern zur Kenntnis gegeben.

§ 7

Erwerb der Mitgliedschaft, Ehrenmitglieder

1. Mitglieder des WRSV sind:
 - a. alle als gemeinnützig anerkannten Radsportvereine und deren Mitglieder, die Mitglied im Württembergischen Landessportbund e.V. sind,
 - b. Radsportabteilungen und deren Mitglieder, bei denen der als gemeinnützig anerkannte Hauptverein Mitglied im Württembergischen Landessportbund e.V. ist,
 - c. Ehrenmitglieder und Ehrenpräsidenten, die auf Antrag des Präsidiums beim Verbandstag ernannt wurden.
 - d. Sonstige Organisationen, die nicht die o.g. Voraussetzungen erfüllen, können nach Zustimmung des Präsidiums aufgenommen werden.
 - e. Einzelmitglieder können am Radsport interessierte Personen werden. Einzelmitglieder können keine Lizenz erwerben und haben kein Stimmrecht.
 - f. Soweit die Satzungen der Mitgliedsvereine eine passive Mitgliedschaft zulassen, besteht die Möglichkeit, Mitglieder als passive Mitglieder dem WRSV zu melden. Passive Mitglieder betreiben keinen aktiven Radsport, bekleiden keine Ämter und üben keine Funktionen im Verein, WRSV, seinen Gliederungen oder dem BDR aus. Passive Mitglieder erhalten keine Lizenzen bzw. Wertungskarten und werden auch bei organisierten Breitensportveranstaltungen nicht gewertet.
2. Die Mitgliedschaft eines Vereins oder Vereinsabteilung wird auf schriftlichen Antrag an das Präsidium durch Beschluss verliehen (Voraussetzung WLSB-Mitgliedschaft) .Um Einzelmitglied werden zu können, muss ein schriftlicher Aufnahmeantrag über die Geschäftsstelle an das Präsidium des WRSV gerichtet werden. Nicht geschäftsfähige und beschränkt geschäftsfähige Einzelmitglieder benötigen das schriftliche Einverständnis der gesetzlichen Vertreter, die gleichzeitig als Zustimmung zur Wahrnehmung von Mitglieder-rechten und Pflichten gilt. Diese verpflichten sich damit zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mitglied voll geschäftsfähig

wird. Über den Antrag entscheidet das geschäftsführende Präsidium nach freiem Ermessen. Bei Ablehnung des Antrages ist das geschäftsführende Präsidium nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.

3. Durch die Mitgliedschaft im WRSV erwerben die Vereine bzw. Vereinsabteilungen zugleich die Mitgliedschaft in dem Bezirk des WRSV, in dessen Gebiet sie ihren Sitz haben. Durch die Mitgliedschaft im WRSV erwerben die Vereine bzw. Vereinsabteilungen zudem die Mitgliedschaft im Bund Deutscher Radfahrer e.V. (BDR).
4. Jeder Mitgliedsverein ist verpflichtet, seine Vereinsdaten auf der von Seiten des WRSV zur Verfügung gestellten Datenbank nach Maßgabe der Richtlinien des Vorstandes online zu pflegen und zu aktualisieren, alternativ schriftlich an den WRSV zu melden. Dazu gehört insbesondere die Vereinsadresse (Postadresse und Kommunikationsdaten). Einzelmitglieder sind verpflichtet, ihre Kontaktdaten und Geburtsdatum an den WRSV zu melden. Nachteile, die dem Mitglied dadurch entstehen, dass es dem Verband die erforderlichen Angaben und Änderungen nicht mitteilt, gehen nicht zu Lasten des Verbandes und können diesem nicht entgegengehalten werden. Entsteht dem Verband dadurch ein Schaden, ist das Mitglied zum Ausgleich verpflichtet. Die Daten werden auf Datenverarbeitungssystemen des WRSV gespeichert und für Verwaltungs-/Organisationszwecke und -ziele des Verbandes genutzt. Hierzu gehören auch die Speicherung, Übermittlung und Verarbeitung der vereins- und personenbezogenen Daten für Verbandszwecke und -ziele sowie zur Information über spezielle Angebote des WRSV. Näheres regelt die Datenschutzordnung.
5. WRSV-Präsidiumsmitglieder und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich besondere Verdienste auf dem Gebiet des Sports – insbesondere des Radsports – erworben haben, können auf Vorschlag des Präsidiums zu Ehrenmitgliedern des WRSV ernannt werden. Die Ernennung von Ehrenmitgliedern ist dem Verbandstag vorbehalten. Ehrenmitglieder haben beim Verbandstag Stimmrecht.
6. Zu Ehrenpräsidenten können besonders verdienstvolle ehemalige Präsidenten des WRSV ernannt werden. Die Ernennung erfolgt auf Vorschlag durch den Verbandstag. Ehrenpräsidenten haben Sitz und Stimme beim Verbandstag.

§ 8

Ende der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch
 - a. Austritt,
 - b. Ausschluss aus WRSV/WLSB,
 - c. Tod.
2. Die Mitgliedschaft eines Vereins- oder einer Vereinsabteilung endet auch mit dessen/deren Auflösung oder mit dem Verlust der Gemeinnützigkeit. Der Auflösungsbeschluss bzw. der Verlust der Gemeinnützigkeit ist der WRSV-Geschäftsstelle unverzüglich mitzuteilen.

§ 9

Austritt

1. Der Austritt eines Vereins oder eines Einzelmitglieds kann nur zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist erfolgen. Die Austrittserklärung ist schriftlich gegenüber der WRSV-Geschäftsstelle abzugeben. Zur Einhaltung der Kündigungsfrist ist der rechtzeitige Zugang der Kündigungserklärung erforderlich.
2. Der Austritt der übrigen Mitglieder wird durch Ausscheiden aus dem Verein oder dem WRSV bewirkt.
3. Bei Auflösung eines/einer Vereins-/abteilung behalten dessen Mitglieder ihre Mitgliedschaft im WRSV bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres auch dann, wenn sie sich bis dahin nicht einem anderen Verein angeschlossen haben.

4. Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten, bleiben unberührt.

§ 10

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder des WRSV sind insbesondere berechtigt,
 - a. nach Maßgaben der für Stimm- und Antragsrecht bestehenden Bestimmungen an den Beratungen und Beschlüssen des Verbandstages teilzunehmen und Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung zu stellen,
 - b. die Wahrung ihrer Interessen durch den WRSV zu verlangen und die vom WRSV geschaffenen Einrichtungen nach Maßgabe der hierfür bestehenden Bestimmungen zu nutzen,
 - c. die Beratung des WRSV in Anspruch zu nehmen und an allen Veranstaltungen nach den hierfür bestehenden Bestimmungen teilzunehmen.
2. Die Mitglieder sind insbesondere verpflichtet,
 - a. die Satzung samt den sie ergänzenden Regelungen (s. § 6) und die Beschlüsse und Entscheidungen der Organe und Inhaber von Ämtern des WRSV zu befolgen,
 - b. die Interessen des WRSV zu wahren,
 - c. die durch den Verbandstag festgelegten Beiträge pünktlich zu entrichten,
 - d. das Präsidium über ihnen bekannt werdende Absichten zu unterrichten, die gegen den Bestand oder die Interessen des WRSV gerichtet sind,
 - e. den Verlust der Gemeinnützigkeit unmittelbar dem WRSV mitzuteilen.
3. Für die Teilnahme an Sportveranstaltungen sind die Sportordnung und Wettfahrbestimmungen und Durchführungsbestimmungen des BDR anzuerkennen.
4. Alle Inhaber von Ämtern - mit Ausnahme der beim WRSV hauptamtlich Beschäftigten - müssen einem dem WRSV angeschlossenen Verein angehören.
5. Die Vereine sind verpflichtet, alle Mitglieder dem WRSV mit allen erforderlichen Personalangaben jährlich nach dem Stand zum Jahresende zu melden. Ferner sind die Mitglieder verpflichtet jede Adressänderung / Änderung der E-Mail-Adresse / Änderung der Ansprechpartner dem WRSV unverzüglich mitzuteilen.
6. Die in Ziffer 5.1.(1) der Sportordnung des BDR genannten Mitglieder sind zur aktiven Bekämpfung des Doping aufgerufen. Jeder Sportler ist verpflichtet, die Doping-Bestimmungen in eigener Verantwortung zu beachten. Eine Ahndung von Doping-Vergehen erfolgt auch bei Fahrlässigkeit. Ratschläge Dritter (auch von Ärzten) entlasten die Sportler nicht. Einwendungen muss der Sportler konkret darlegen und nachweisen, sofern ein objektiver Verstoß vorliegt. Die Einzelheiten werden in den ergänzenden Ordnungen (vgl. § 6) und im Dopingkontroll-Reglement geregelt. Die aktuellen Anti-Doping-Regelungen können auf der Homepage des Verbandes unter www.wrsv.de abgerufen werden.
7. Nachteile, die dem Mitglied dadurch entstehen, dass es dem WRSV die erforderlichen Angaben nicht mitteilt bzw. den entsprechenden Pflichten nicht nachkommen, gehen nicht zu Lasten des WRSV und können diesem nicht entgegeng gehalten werden. Entsteht dem WRSV dadurch ein Schaden, ist das Mitglied zum Ausgleich verpflichtet.

§ 11

Folgen der Verletzung von Mitgliederpflichten

1. Ein Mitglied kann insbesondere ausgeschlossen werden, wenn es gegen die Satzung samt den sie ergänzenden Regelungen (s. § 6) oder sonst gegen die Interessen des WRSV verstoßen hat.
2. Verletzt ein Mitglied die in § 10, Ziff. 2 – 6 beschriebenen Pflichten, verletzt es das Ansehen der Inhaber von Ämtern des WRSV oder seiner Untergliederungen oder verstößt es sonst gegen die Interessen des WRSV, so kann es mit einer der folgenden Maßnahmen belegt werden:

- a. Verwarnung,
- b. Verweis,
- c. Sperre auf bestimmte Zeit oder auf Lebenszeit,
- d. Entziehung oder Verweigerung der Lizenz oder des Ausweises auf eine bestimmte Zeit oder auf Lebenszeit,
- e. Streichung von der Mitgliederliste
- f. Ausschluss.

Über die vorstehenden Maßnahmen entscheidet das Präsidium.

3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Präsidiums von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung von Beiträgen und Gebühren gemäß der Satzung in Verzug ist.
Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn nach der Absendung der zweiten Mahnung drei Monate verstrichen sind und in dieser Mahnung ausdrücklich die Streichung angedroht wurde. Der Beschluss des Präsidiums über die Streichung soll dem Mitglied mitgeteilt werden.
4. Ein Präsidiumsmitglied und das Mitglied eines anderen zur Entscheidung berufenen Gremiums ist von der Mitwirkung an der Entscheidung ausgeschlossen, wenn es selbst, sein Verein oder eines der Mitglieder seines Vereins am Verfahren beteiligt ist oder es sich selbst für befangen erklärt oder zu Recht als befangen abgelehnt wird. Hierüber entscheidet jeweils das Präsidium ohne den Betroffenen.
5. Vor der Entscheidung ist dem Betroffenen schriftlich unter Fristsetzung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Entscheidung über den Ausschluss ist schriftlich zu begründen und dem Mitglied bekannt zu machen.
6. Gegen die Entscheidung des Präsidiums steht dem Mitglied das Recht des Einspruchs zu. Der Einspruch muss innerhalb eines Monats nach Erhalt der vollständigen Entscheidung schriftlich begründet und unter Angabe aller Beweismittel bei der Geschäftsstelle des WRSV eingegangen sein. Gleichzeitig sind eine Einspruchsgebühr und eine Kostenpauschale zu zahlen, deren Höhe vom Präsidium festgelegt und im amtlichen Organ veröffentlicht wird. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Sind diese Voraussetzungen nicht vollständig erfüllt, so ist der Einspruch als unzulässig zu verwerfen.
7. Über Einsprüche gegen Entscheidungen des Präsidiums entscheidet der Verbandsrechtsausschuss.
8. Alle Entscheidungen im Rahmen des § 11 sind schriftlich zu begründen und dem betroffenen Mitglied durch Brief mitzuteilen.
9. Die Entscheidungen des Verbandsrechtsausschusses sind endgültig. Deren Entscheidungen können zur Prüfung über die Rechtmäßigkeit einem Schiedsgericht gemäß §§ 1025 ff ZPO übertragen werden.
10. Macht das Mitglied von dem Recht des Einspruches gegen die Ausschließungsentscheidung keinen Gebrauch oder versäumt es die Einspruchsfrist, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss mit der Folge, dass die Mitgliedschaft als beendet gilt.
11. Im Hinblick auf die den Mitgliedern gewährten internen Überprüfungsmöglichkeiten wird die gerichtliche Nachprüfung aller Maßnahmen gegen Mitglieder auf offenbare Unbilligkeit (§ 319 BGB) beschränkt. Zusätzlich wird dem betroffenen Mitglied ein Recht auf sofortigen Austritt – auszuüben binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung des WRSV-Organs – eingeräumt.
12. Im Hinblick auf die den Mitgliedern auch für Eilfälle gewährten internen Überprüfungsmöglichkeiten gilt die in Ziff. 11 statuierte Beschränkung auch für ein gerichtliches Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Verfügung.
13. Alle Maßnahmen gegen Mitglieder sind als Vertragsstrafen im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches aufzufassen. Über die Verwirkung der Vertragsstrafe wird entsprechend dieser Satzung und der sie ergänzenden Regelungen (vgl. § 6) entschieden. Die Höhe der Vertragsstrafe wird durch die jeweils zuständigen Gremien des WRSV auf der Grundlage der ergänzenden Regelungen nach billigem Ermessen festgesetzt.
14. Vorstehende Ziff. 10 Halbsatz 2 und 11 – 14 gelten entsprechend für Verfahren nach der Sportordnung und ihrer Bestandteile.

§ 12

Beiträge, Gebühren und Sonderabgaben

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben.

1. Die Höhe des Beitrages und dessen Fälligkeit bestimmt der Verbandstag.
Der WRSV kann geeignete Nachweise für die bei der Bestandserhebung gemeldeten Angaben anfordern. Werden solche Nachweise nicht vorgelegt oder sind diese nicht ausreichend, die Angaben nachvollziehbar zu begründen, kann der WRSV die erforderlichen Abgaben festlegen.
2. Für bestimmte Veranstaltungen/Leistungen kann das Präsidium Sonderabgaben erheben.
3. Die Gebühren für Lizenzen, Ausweise, Genehmigungen und weitere Gebühren setzt das Präsidium fest.
4. Der Verband ist zur Erhebung einer Umlage berechtigt, sofern diese zur Finanzierung besonderer Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten des Verbandes notwendig ist. Über die Festsetzung der Höhe der Umlage entscheidet der Verbandstag durch Mehrheitsbeschluss, wobei jährlich eine Höchstgrenze besteht von jeweils dem doppelten eines Vereins-Sockelbeitrages.

§ 13

Organe

Organe des WRSV sind

- a. der Verbandstag (§ 14),
- b. das Präsidium (§20),
- c. das geschäftsführende Präsidium (§21),
- d. die Kommissionen und Bezirke (§25 und §19).

§ 14

Der Verbandstag

1. Der Verbandstag ist das oberste Organ des WRSV.
2. Ihm stehen alle Entscheidungen zu, soweit diese nicht satzungsgemäß einem anderen Organ übertragen sind.
3. Die Aufgaben des Verbandstages sind insbesondere:
 - a. Wahl von zwei Schriftführern und von Stimmzählern,
 - b. Entgegennahme und Genehmigung der Berichte des Präsidiums und der Kommissionen,
 - c. Entgegennahme des Berichtes der Kassenprüfer,
 - d. Genehmigung des Rechnungsabschlusses,
 - e. Entlastung des Präsidiums,
 - f. Wahl des geschäftsführenden Präsidiums, der Kassenprüfer, der Mitglieder des Verbandsrechtsausschusses und der Präsidiumsmitglieder mit beratender Stimme,
 - g. Bestätigung von Personen, die satzungsgemäß durch andere Gremien gewählt werden,
 - h. Festlegung von Höhe und Fälligkeit der Beiträge,
 - i. Beschlussfassung über eingegangene Anträge,
 - j. Genehmigung des Haushaltsplanes,
 - k. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung,
 - l. Bestimmung des Tagungsortes für den nächsten Verbandstag,
 - m. Beschlussfassung über die Auflösung des WRSV.
4. In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Präsidiums fallen, kann der Verbandstag Empfehlungen beschließen.

5. Zur Abstimmung über den Antrag auf Entlastung des Präsidiums gemäß Ziff. 3 e) ist ein Versammlungsleiter durch den Verbandstag zu wählen.
6. Über den Verbandstag ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Protokollführer, Präsidenten und einem Vizepräsidenten zu unterzeichnen ist. Das Protokoll muss folgende Feststellungen enthalten:
Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder, die Tagesordnung und die einzelnen Abstimmungsergebnisse.

§ 15

Einberufung des Verbandstages, Anträge

1. Der Verbandstag findet alle zwei Jahre statt und sollte innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres stattfinden. Der Verbandstag ist vom Präsidium mindestens vier Wochen vorher durch Bekanntmachung auf der WRSV-Homepage (<https://www.wrsv.de/>) oder per E-Mail einzuberufen.
2. Der Verbandstag kann als Präsenzversammlung, als virtuelle oder als Kombination aus beidem abgehalten werden. Zur Präsenzversammlung treffen sich alle Teilnehmer an einem gemeinsamen Ort. Die virtuelle Versammlung erfolgt durch Einwahl aller Teilnehmer in eine Videokonferenz. Eine Kombination von Präsenzversammlung und virtueller Versammlung ist möglich, indem den Teilnehmer die Möglichkeit eröffnet wird, an der Präsenzversammlung mittels Videokonferenz teilzunehmen. Das Präsidium entscheidet über die Form des Verbandstages und teilt diese in der Einladung zum Verbandstag mit.
 - a. Bei einer virtuellen Versammlung haben die Teilnehmer die Möglichkeit, über eine Desktop- oder Smartphone-App oder über eine Weboberfläche an der Online-Videokonferenz teilzunehmen. Zur Teilnahme an der Videokonferenz wird den Teilnehmern eine URL- Adresse (Link) zur Verfügung gestellt. Abstimmungen und Wahlen auf elektronischem Wege erfolgen mittels einer Abstimmungssoftware. Die Software kann per Smartphone, Tablet oder PC aufgerufen werden. Zur Teilnahme an den Abstimmungen und Wahlen werden den stimmberechtigten Teilnehmern eine URL-Adresse (Link) zur Abstimmungssoftware und die Zugangsdaten zur Authentifizierung zur Verfügung gestellt. Bei einer virtuellen Versammlung werden die jeweils für die aktuelle Versammlung gültigen URL-Links und Zugangsdaten zur Videokonferenz sowie zur Abstimmungssoftware mit einer gesonderten E-Mail spätestens 2 Stunden vor Beginn des Verbandstages bekannt gegeben. Ausreichend ist dabei die ordnungsgemäße Absendung der E-Mail an die letzte dem Präsidium bekannt gegebene E-Mail-Adresse der jeweiligen Delegierten. Zur Vermeidung der Teilnahme unberechtigter Personen an der virtuellen Versammlung, ist es den Delegierten untersagt, die Zugangsdaten an Dritte weiterzugeben.
 - b. Der Verbandstag kann auch im Rahmen einer schriftlichen Abstimmung Beschlüsse im Umlaufverfahren fassen, wenn alle Delegierten in Textform beteiligt wurden. Hierfür teilt das Präsidium die entsprechende Beschlussvorlage jedem Delegierten in Textform an die letzte von dem Delegierten bekannt gegebene E-Mail-Adresse mit. Zusammen mit dieser Mitteilung bestimmt das Präsidium die Frist, innerhalb welcher die Stimmabgabe möglich ist und in welcher Form diese zu erfolgen hat. Die Frist beträgt mindestens eine Woche nach Zugang der Beschlussvorlage. Diese gilt als zugegangen, wenn sie an die E- Mail-Adresse des Delegierten gesendet ist, die der Delegierte zuletzt mitgeteilt hat. Der Beschluss ist mit der Mehrheit der frist- und formgerecht abgegebenen Stimmen gefasst, wenn die Hälfte der Delegierten ihre Stimmen abgegeben haben. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Für Satzungsänderungen, Zweckänderungen oder die Auflösung des WRSV gelten die in der Satzung bestimmten Mehrheiten. Das Abstimmungsergebnis wird den Mitgliedern binnen eines Monats schriftlich oder auf elektronischem Wege mitgeteilt.
 - c. Die Bestimmungen in Nr. 2 und Nr. 3 gelten sinngemäß für alle anderen Organe innerhalb des WRSV, wobei diese auch im Wege einer Audio/Telefon-Konferenz durchgeführt werden können.
3. Das geschäftsführende Präsidium schlägt die Tagesordnung vor. Sie ist ebenfalls mindestens vier Wochen vor dem Verbandstag auf der WRSV-Homepage (<https://www.wrsv.de/>) oder per E-Mail bekannt zu geben.

4. Anträge müssen mit schriftlicher Begründung mindestens vier Wochen vor dem Verbandstag der WRSV-Geschäftsstelle vorliegen. Mindestens zwei Wochen vor dem Verbandstag erhalten die Vereine die eingereichten Anträge sowie die aktuelle Tagesordnung durch Bekanntmachung auf der WRSV-Homepage (<https://www.wrsv.de/>) oder per E-Mail. Später eingehende Anträge können nur dann behandelt werden, wenn sie als dringlich bezeichnet sind und ihre Dringlichkeit durch den Verbandstag mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen anerkannt wird. Satzungsänderungsanträge sind als Dringlichkeitsanträge nicht statthaft.
5. Anträge können von Vereinen, Bezirken, den Organen des WRSV gemäß § 13, Ziff. b) bis d) und den Kommissionen (gemäß § 25), einschließlich WRSV-Jugendvorstand/-ausschuss, eingereicht werden.

§ 16

Beschlussfassung

Die Stimmberechtigung ist in § 18 geregelt.

1. Der Verbandstag wird vom Präsidenten oder im Falle seiner Verhinderung vom stellvertretenden Präsidenten geleitet. Während der Entlastung nach § 14, Ziff. 3 e leitet der gewählte Versammlungsleiter (§ 14, Ziffer 5) den Verbandstag.
2. Die Art der Abstimmung bestimmt der jeweilige Versammlungs- bzw. der Wahlleiter. Eine Abstimmung muss geheim durchgeführt werden, wenn 1/3 der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragen.
3. Jeder ordnungsgemäß einberufene Verbandstag ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig.
4. Soweit in der Satzung nicht anders bestimmt, werden die Beschlüsse des Verbandstages mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
5. Zur Änderung der Satzung ist eine 2/3-Mehrheit, zur Auflösung des WRSV eine 3/4-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
6. Für Wahlen gilt folgendes: Hat im ersten Wahlgang kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die beiden höchsten Stimmenzahlen erreicht haben.
7. Der Verbandstag kann sich eine "Geschäfts- und Verfahrensordnung für den Verbandstag" geben, die jedoch nicht im Gegensatz zur Satzung stehen darf.

§ 17

Außerordentlicher Verbandstag

Das Präsidium kann jederzeit einen außerordentlichen Verbandstag einberufen. Dieser muss einberufen werden, wenn das WRSV-Präsidium die Notwendigkeit sieht oder mindestens 1/3 der Vereine dies verlangen. Ein entsprechender Antrag ist schriftlich mit eingehender Begründung auf der WRSV-Geschäftsstelle zu hinterlegen. Die Einberufung hat sodann innerhalb von vier Wochen zu erfolgen. Im Übrigen gelten die allgemeinen Regelungen dieser Satzung.

§ 18

Stimmrecht

1. Beim Verbandstag sind stimmberechtigt:
 - a. die von den Vereinen nach Maßgabe der Ziff. 2 entsandten Delegierten,
 - b. die stimmberechtigten Mitglieder des Präsidiums mit jeweils einer Stimme.

Sofern mehrere Funktionen im Präsidium in Personalunion besetzt sind, hat das betreffende Präsidiumsmitglied nur eine Stimme. Präsidiumsmitglieder können kein Stimmrecht für einen Verein ausüben. Die Vereine haben das Recht, zum Verbandstag je angefangene 50

Mitglieder einen stimmberechtigten Delegierten zu entsenden. Das Stimmrecht der Vereinsdelegierten kann nur in Höhe des bis zum 31.12. des abgelaufenen Geschäftsjahres vor dem Verbandstag abgerechneten und bei der WRSV-Geschäftsstelle eingegangenen Beitrages ausgeübt werden.

2. Übertragung des Stimmrechts ist innerhalb des Vereins bis zu drei Stimmen je Delegierten möglich.

§ 19

Bezirke

1. Das Verbandsgebiet des WRSV ist in Bezirke eingeteilt. Vereine bzw. Vereinsabteilungen werden durch ihren Sitz einem Bezirk zugeordnet. Sie können in Ausnahmefällen beim Präsidium einen Wechsel zu einem anderen Bezirk beantragen.
2. Bezirke können entweder als unselbstständige Untergliederung innerhalb des WRSV oder als rechtlich selbstständige Untergliederung in Form eines eingetragenen Vereins organisiert sein. Sie geben sich eine Ordnung bzw. Satzung, die sich im Einklang mit der Satzung des WRSV befinden muss.
3. Die Bezirke sind für die Förderung des Radsports und die Jugendarbeit in ihrer jeweiligen Region verantwortlich. Dazu gehören beispielsweise die Organisation und Durchführung von Wettbewerben und Veranstaltungen auf Bezirksebene.
4. Es wird empfohlen, dass der Vorstand eines Bezirks mindestens aus dem Bezirksvorsitzendem, einem Stellvertreter, dem Kassenwart und einem Sportverantwortlichen besteht.

§ 20

Das Präsidium

1. Dem Präsidium gehören an:
 - a. der Präsident,
 - b. der Vizepräsident Finanzen,
 - c. der Vizepräsident olympische Sportarten,
 - d. der Vizepräsident Hallenradsport,
 - e. der Vizepräsident Breitensport,
 - f. der Vizepräsident Öffentlichkeitsarbeit,
 - g. der Vizepräsident Bezirke,
 - h. der Geschäftsführer,
 - i. der Kommissionsvorsitzende Breitensport oder sein Vertreter,
 - j. der Kommissionsvorsitzende Kunstradsport oder sein Vertreter,
 - k. der Kommissionsvorsitzende Radball/Radpolo oder sein Vertreter,
 - l. der Kommissionsvorsitzende Rennsport oder sein Vertreter,
 - m. der Kommissionsvorsitzende BMX oder sein Vertreter,
 - n. der Kommissionsvorsitzende MTB oder sein Vertreter,
 - o. der Jugendreferent oder sein Vertreter,
 - p. die Vorsitzenden der Bezirke oder ihr jeweiliger Vertreter,
 - q. Vertretung der Mitgliedsvereine (beratend),
 - r. Gäste auf Einladung des geschäftsführenden Präsidiums (beratend).
2. Jeder Bezirk hat zwei Stimmen. Die übrigen Mitglieder des Präsidiums haben jeweils eine Stimme. Sofern mehrere Funktionen in Personalunion besetzt sind, hat das betreffende Präsidiumsmitglied nur eine Stimme.
3. Der stellv. Präsident wird vom Präsidium aus dem Kreis der Vizepräsidenten gewählt.

4. Das Präsidium führt die Geschäfte des WRSV nach den Bestimmungen der Satzung samt den sie ergänzenden Regelungen (s. § 6) und nach Maßgabe der vom Verbandstag gefassten Beschlüsse. Es genehmigt das Protokoll des Verbandstages und ist in allen Angelegenheiten zuständig, soweit diese nicht durch die Satzung einem anderen Organ zugewiesen sind. In Jahren, an denen kein Verbandstag stattfindet, genehmigt das Präsidium den Jahresabschluss und den Haushaltsplan. Es entscheidet auch bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Satzung samt den sie ergänzenden Regelungen (s. § 6). Das Präsidium gibt sich eine Geschäftsordnung über die Aufgabenverteilung.
5. Das Präsidium hat die von den Kommissionen ausgearbeiteten Jahres- und Einzelplanungen und Maßnahmen in fachlicher Hinsicht zu prüfen und über die Durchführung zu entscheiden. Dasselbe gilt für Maßnahmen, welche von den Bezirken vorgeschlagen und vom WRSV finanziell unterstützt werden sollen.
6. Die Verwaltung des WRSV-Vermögens obliegt dem Vizepräsidenten Finanzen.
7. Das Präsidium kann Referenten oder Ausschüsse einsetzen. Sofern es sich um Aufgaben sportlicher Art handelt, ist die Zustimmung der zuständigen Kommission erforderlich.
8. Die Einberufung des Präsidiums erfolgt durch den Präsidenten oder bei dessen Verhinderung durch den stellv. Präsidenten. Des Weiteren ist eine Sitzung des Präsidiums innerhalb von sechs Wochen einzuberufen, wenn mindestens 2/3 der Bezirke dies verlangen. Einladungen erfolgen schriftlich oder per E-Mail.
9. Das Präsidium ist beschlussfähig, wenn mindestens 50% der maximalen möglichen Stimmen anwesend sind und eine einwöchige Einladungsfrist mit Versand der Tagesordnung vorausgegangen ist.
10. Beschlüsse kommen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zustande. Enthaltungen werden nicht berücksichtigt. Im Falle eines Umlaufbeschlusses ist für die Beschlussfassung die absolute Mehrheit der Stimmen erforderlich. Stimmgleichheit gilt in allen Fällen als Ablehnung.

§ 21

Geschäftsführendes Präsidium

1. Dem geschäftsführenden Präsidium gehören an:
 - a. der Präsident,
 - b. der Vizepräsident Finanzen,
 - c. der Vizepräsident Olympische Sportarten,
 - d. der Vizepräsident Hallenradsport,
 - e. der Vizepräsident Breitensport,
 - f. der Vizepräsident Öffentlichkeitsarbeit,
 - g. der Vizepräsident Bezirke; als Vizepräsident Bezirke kann nur gewählt werden, wer Mitglied eines Bezirksvorstandes ist. Hierzu haben die Bezirke das Vorschlagsrecht,
 - h. der Geschäftsführer.

Das geschäftsführende Präsidium wickelt die in der Geschäftsordnung festgelegten Angelegenheiten ab.

2. Das geschäftsführende Präsidium ist beschlussfähig, wenn mindestens 50% der amtierenden Mitglieder anwesend sind und eine einwöchige Einladungsfrist mit Versand der Tagesordnung per Brief oder E-Mail vorausgegangen ist.
3. Beschlüsse des Verbandstages sind vom geschäftsführenden Präsidium beim Registergericht unverzüglich zur Eintragung zu bringen, soweit es sich um Satzungsänderungen handelt oder eine Änderung von Mitgliedern des geschäftsführenden Präsidiums erfolgt ist. Das geschäftsführende Präsidium ist ermächtigt, etwaige auf Verlangen des Registergerichtes oder des Finanzamtes erforderliche formelle und redaktionelle Satzungsänderungen, sofern sie den Sinn der gefassten Beschlüsse nicht verändern, von sich aus vorzunehmen. Diese Änderungen sind dem nächsten Verbandstag bekannt zu geben.

§22

Vertretungsberechtigung

Der WRSV wird gerichtlich und außergerichtlich (§ 26 BGB) durch den Präsidenten, ersatzweise durch den stellv. Präsidenten gemeinsam mit einem der Vizepräsidenten vertreten. Urkunden zu Ehrungen und Auszeichnungen werden vom Präsidenten, bei dessen Verhinderung vom stellv. Präsidenten, unterzeichnet.

§ 23

Wahl der Amtsträger

1. Die Mitglieder des geschäftsführenden Präsidiums gemäß § 21 Ziff. 1 (ausgenommen Hauptamtliche) werden für die Dauer von vier Jahren, alle weiteren Präsidiumsmitglieder auf die Dauer von zwei Jahren, vom Verbandstag gewählt oder bestätigt.
2. Gewählt/bestätigt werden:
 - Im ersten Jahr:
 - der Präsident,
 - der Vizepräsident Olympische Sportarten,
 - der Vizepräsident Hallenradsport,
 - der Vizepräsident Bezirke,
 - der Vorsitzende des Verbandsrechtsausschusses und eines Beisitzers,
 - Vertretung der Mitgliedsvereine (mit beratender Stimme),
 - Bestätigung Kommissionsvorsitzende und Stellvertretung,
 - Bestätigung Bezirksvorsitzende und Stellvertretung,
 - Bestätigung Jugendreferent und Stellvertretung,
 - Bestätigung Personen, die laut Satzung von anderen Gremien gewählt werden können.
 - Im dritten Jahr
 - der Vizepräsident Finanzen,
 - der Vizepräsident Öffentlichkeitsarbeit,
 - der Vizepräsident Breitensport,
 - der stellv. Vorsitzende des Verbandsrechtsausschusses und eines Beisitzers,
 - Vertretung der Mitgliedsvereine (mit beratender Stimme),
 - Bestätigung Kommissionsvorsitzende und Stellvertretung,
 - Bestätigung Bezirksvorsitzende und Stellvertretung,
 - Bestätigung Jugendreferent und Stellvertretung,
 - Bestätigung Personen, die laut Satzung von anderen Gremien gewählt werden können.

Für die Zeit des Überganges werden entsprechende Positionen für die Zeit gewählt (weniger als 4 bzw. 2 Jahre), bis sie im o.a. Turnus wiedergewählt werden können.

3. Wiederwahl ist zulässig. Die Amtsinhaber bleiben bis zur jeweiligen Neuwahl im Amt. Scheidet ein Amtsinhaber vor Ablauf seiner Wahlperiode aus, muss im Falle eines Präsidenten oder Vizepräsidenten das Präsidium zu einer Sitzung zusammentreten und einen Nachfolger bis zum folgenden Verbandstag berufen.
4. Im Falle eines Kommissionsvorsitzenden oder seines Stellvertreters hat die entsprechende Kommission Vorschlagsrecht (Interimslösung bis zum folgenden Verbandstag). Im Falle eines Bezirksvorsitzenden oder seines Stellvertreters hat der entsprechende Bezirk Vorschlagsrecht (Interimslösung bis zum folgenden Verbandstag).

§ 24

Radsportjugend

Die Radsportjugend ist die Jugendorganisation des Württembergischen Radsportverbandes. Sie ist der Zusammenschluss und die Vertretung aller jugendlichen WRSV-Mitglieder. Die Radsportjugend unterstützt und fördert die Formen sportlicher und allgemeiner Jugendarbeit. Der Verbandstag des WRSV bestätigt die Wahl des Jugendvorstandes. Einzelheiten regelt die WRSV-Jugendordnung. Die Radsportjugend hat das Recht, in alle Kommissionen des WRSV einen von ihr berufenen Vertreter zu entsenden.

§ 25

Kommissionen

1. Die Zusammensetzung und die Zuständigkeit der Kommissionen regeln sich nach der Geschäftsordnung. Die Kommissionsmitglieder werden für zwei Jahre gewählt. Die Wahl wird bei der jeweiligen Fachtagung der einzelnen Disziplinen durchgeführt. Die Kommissionsvorsitzenden werden dem Verbandstag zur Bestätigung vorgeschlagen.
2. Dem Präsidium, wie auch den Kommissionsvorsitzenden ist es gestattet, in allen ihnen wichtig erscheinenden Fällen, sachkundige Beisitzer (beratend) zu den Kommissionen hinzuzuziehen.
3. Die Kommissionen treten in der Regel auf Einladung des Vorsitzenden zu Sitzungen zusammen. Entscheidungen sind aber auch im schriftlichen Umfrageverfahren möglich.
4. Die Kommissionen fassen eigenständig Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, wobei ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen nicht mitgezählt werden. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
5. Über Beschlüsse der Kommissionen ist das Präsidium zu informieren. Das Präsidium hat Einspruchsrecht.
6. Die Aufgaben-/Tätigkeitsbeschreibungen der Kommissionen bedürfen der Bestätigung des Präsidiums.

§ 26

Rechtsausschuss

In Fragen zur Verbandsgerichtsbarkeit, z.B. Rechtsfragen zu Dopingfragen, wird auf die Satzung des BDR § 26 verwiesen, bzw. ist der BDR verantwortlich.

Das WRSV-Präsidium kann einen eigenen Verbandsrechtsausschuss berufen. Dieser bezieht sich ausschließlich auf Verstöße der Satzung. Fragen der Sportgerichtsbarkeit (Vergehen von Sportlern und Betreuern im Zusammenhang mit Regelverstößen innerhalb des Sportbetriebes) werden von der jeweiligen Kommission behandelt/beschlossen.

1. Dem Verbandsrechtsausschuss gehören an:
 - a. der Rechtsausschussvorsitzende,
 - b. der stellvertretende Vorsitzende,
 - c. zwei Beisitzer.
2. Der Vorsitzende, der stellv. Vorsitzende und die zwei Beisitzer werden vom Verbandstag auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Sie dürfen dem Präsidium nicht angehören. Wiederwahl ist zulässig. Die Amtsinhaber bleiben bis zur jeweiligen Neuwahl im Amt.
3. Der Vorsitzende, im Verhinderungsfall der stellvertretende Vorsitzende, fordert die Mitglieder des Verbandsrechtsausschusses durch Übersendung der Unterlagen zur Entscheidung auf. Mindestens drei Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende, sind zur Entscheidung erforderlich.
4. Das Verfahren des Verbandsrechtsausschusses ist geregelt in § 11.
5. Der Verbandsrechtsausschuss entscheidet endgültig über Angelegenheiten, die ihm vom Präsidium zur Stellungnahme vorgelegt werden.

§ 27

Geschäftsstelle

1. Zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte des WRSV ist eine Geschäftsstelle eingerichtet.
2. Die Geschäftsstelle wird von einem vom geschäftsführenden Präsidium eingesetzten hauptamtlichen Geschäftsführer verantwortlich geleitet. Dieser hat Unterschriftsberechtigung entsprechend der Dienstanweisung des geschäftsführenden Präsidiums.
3. Die Geschäftsstelle arbeitet nach den Weisungen des Präsidenten oder dessen Vertreter.
4. Im Falle der Einstellung von Trainern hat der verantwortliche Vizepräsident in Abstimmung mit dem jeweiligen Kommissionsvorsitzenden Vorschlagsrecht.

§ 28

Kassenprüfer

1. Der Verbandstag wählt für die Dauer von vier Jahren zwei Kassenprüfer (abwechselnd je ein Kassenprüfer bei einem Verbandstag) und einen Ersatzprüfer. Wiederwahl ist zulässig.
2. Die Revision der Verbandskasse hat einmal jährlich möglichst im 1. Quartal zu erfolgen. Dem Verbandstag bzw. dem Präsidium, in dem Jahr, in welchem kein Verbandstag stattfindet, haben sie einen schriftlichen Bericht über die Vermögenslage und die Kassenprüfung abzugeben.
3. Kassenprüfer dürfen dem Präsidium und den Kommissionen nicht angehören.
4. Die Kassenprüfung muss von zwei Kassenprüfern vorgenommen werden.
5. Bei vorgefundenen Mängeln müssen die Kassenprüfer unverzüglich dem geschäftsführenden Präsidium berichten.

§ 29

Auflösung des WRSV und Anfallberechtigung

1. Die Auflösung des WRSV kann nur bei einem Verbandstag mit der in § 16 Ziff. 6 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden.
2. Ein Auflösungsbeschluss darf nur dann vom Verbandstag gefasst werden, wenn ein entsprechender Antrag des Präsidiums oder ein solcher von mindestens 30 Vereinen vorliegt. Der Beschluss des Präsidiums bedarf der Mehrheit von mindestens 3/4 seiner Mitglieder. Die Anträge müssen schriftlich mit Begründung bei der Geschäftsstelle eingereicht werden.
3. Sofern der Verbandstag nichts anderes beschließt, sind der Präsident und der Vizepräsident Finanzen die gemeinsam vertretungsberechtigten Liquidatoren.
4. Bei Auflösung des Verbandes oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Verbandes an den Württembergischen Landessportbund e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 30

Schlussbestimmung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Satzung auf die gleichzeitige Verwendung von geschlechtlichen Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Diese Satzung wurde am 6. April 2024 vom Verbandstag in Weil im Schönbuch beschlossen.